Bezirksregierung

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der**

**2. Tranche Sondervermögen für energiepreisbedingte Hilfen**

**Förderung von Maßnahmen im Bereich Gewaltschutz**

|  |
| --- |
| **1. Antragsteller/Antragstellerin** |
| **Träger** | Name/Bezeichnung, Anschrift      |
| **Einrichtung** | Name/Bezeichnung, Anschrift      |
| Auskunft erteilt: | Name:      | Telefon (Durchwahl):      |
|  | E-Mail:      |
| Bankverbindung | IBAN:     Bezeichnung des Kreditinstituts:      |
| **2. Maßnahme** |
| 2.1 Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich | **Förderung der energiepreisbedingten Mehrausgaben der Beratungsstelle Täterarbeit** |
| 2.2 Durchführungszeitraum: | 01.01.2023 bis 31.12.2023 |

|  |
| --- |
| **3. Beantragte Zuwendung** |
| [ ]  Zusätzlich zu den bislang geförderten Personal- und Sachausgaben der Beratungsstelle Täterarbeit (Bewilligung vom      .     .     , Az.:      ) wird ein Zuschuss zu den Sachausgaben im Umfang von       € für das Haushaltsjahr 2023 beantragt. |
| 4. Begründung (nähere Ausführungen zur Notwendigkeit und Höhe der beantragten Zuwendung): |
| **5. Erklärungen** |
| Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass5.1 - die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind. - die diesen Antrag unterzeichnende/n Person/en unterschriftsbefugt ist/sind.5.2 [ ]  sie/er keine weiteren Zuwendungen zur Finanzierung der förderungsfähigen Ausgaben erhält. [ ]  sie/er eine weitere Zuwendung zur Finanzierung der förderungsfähigen Ausgaben beantragt hat/beantragen wird/erhält in Höhe von       € bei/von       Der Antragsteller/die Antragstellerin verpflichtet sich, öffentliche Mittel zu den förderungsfähigen Ausgaben nur insoweit zu beantragen oder entgegenzunehmen, als 100 % nicht überschritten werden. Die Gesamt-finanzierung der beantragten förderungsfähigen Ausgaben aus öffentlichen Mitteln beträgt       %.5.3 - er/sie alle für die Bewilligung und Bemessung der Zuwendung maßgeblichen Änderungen unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitteilt. Der Antragsteller/die Antragstellerin verpflichtet sich, Personaländerungen und/oder die geplante Neueinstellung von landesgefördertem Personal **im Voraus** der Bewilligungsbehörde mitzuteilen und die notwendigen Unterlagen (Personalangaben, Personalbogen, Arbeitsvertrag und ggf. Qualifikationsnachweise) beizufügen.5.4 - sie/er zum Vorsteuerabzug [ ]  nicht berechtigt ist,[ ]  berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (gemäß Finanzierungsplan) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)*- Zutreffendes ankreuzen und ausfüllen-* |

**(Ort, Datum) (rechtsverbindliche Unterschriften)**

*Vertretungsberechtigte lt. BGB bzw. Satzung*